

SP-Präsidium, Endenicher Allee 19 (Container), 53115 Bonn

Präsidium des 48. Bonner  
Studierendenparlamentes

Telefon [+49 228 73-7033](tel:+49228737033)

E-Mail [sp@uni-bonn.de](mailto:sp@uni-bonn.de)

Adresse Endenicher Allee 19  
(Container), 53115 Bonn

Webseite <https://sp.uni-bonn.de>

**Beschlussausfertigung**  
vom 18.06.2026

**Beschlussausfertigung:** **Ablehnung des geplanten Studierendenwerksgesetz**  
**Antragstellende:** Pauline Kalle (für den AStA-Vorsitz)  
Lena Smeets (für den AStA-Vorsitz)  
Luc Augustin (für den AStA-Vorsitz)  
Jonas Foemmel (für die LAT-Stelle des AStA)  
**Sitzung des Beschlusses:** 6. ordentliche Sitzung  
**Datum der Sitzung:** 2026-06-17  
**Empfänger des Beschlusses:** Wissenschaftsausschuss des Landtages,  
Landtagsfraktionen CDU und Grüne,  
Tim Achtermeyer, Julia Höller, Christos Katzidis,  
Franziska Müller-Rech

Das 48. Studierendenparlament der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn hat in seiner **6. ordentlichen Sitzung** den angehängten Antrag „**Ablehnung des geplanten Studierendenwerksgesetz**“ der oben genannten Antragstellenden **einstimmig**, in zweiter Lesung geändert durch einen übernommenen Eigenänderungsantrag, beschlossen.



Paul Ludwig  
Erster Sprecher

**Anlagen:**

1. Beschlossener Antrag

## Das 48. Bonner Studierendenparlament hat beschlossen:

[beschlossene Form ausgearbeitet durch das SP-Präsidium]

Die Bonner Studierendenschaft lehnt den, durch die Schwarz- Grüne Landesregierung eingebrachten, Gesetzentwurf für das Gesetz über die Studierendenwerke in seiner jetzigen Form entschieden ab und schließt sich der Stellungnahme der Landes-ASTen-Konferenz<sup>1</sup> an.

Sie ruft den Wissenschaftsausschuss, die Regierungsfractionen und insbesondere die Mitglieder des Landtags aus Bonn dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass:

1. die strukturelle Unterfinanzierung der Studierendenwerke in NRW ein Ende nimmt. Kein Bundesland gibt pro Student\*in einen geringeren Landesbeitrag als NRW. Allein um auch nur auf den vorletzten (!) Platz vorzurücken bräuchte es eine Mehrbeteiligung von 22€ pro Student\*in im Jahr. Statt die allgemeine Unterfinanzierung zu problematisieren und eine Lösung zu priorisieren, wird als politische Priorität nun die studentische Mitbestimmung angegriffen.
2. die geplanten Änderungen in der Zusammensetzung und Besetzung der Verwaltungsräte verworfen werden. Die im Entwurf vorgesehene Erweiterung des Verwaltungsrats um zwei weitere externe Mitglieder schwächt das relative Stimmgewicht der Studierenden. Zudem schafft der neu vorgesehene Auswahlprozess für externe Mitglieder in einem Auswahlgremium einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand. Zumal der Vertretung des Ministeriums im Auswahlgremium ein doppeltes Stimmgewicht und - bei Uneinigkeit - ein Vorschlagsrecht für 2 der 3 externen Mitglieder eingeräumt wird und eine fehlende Zustimmung der Studierendenparlamente zu dem Vorschlag durch eine Zustimmung des Ministeriums ersetzt werden können soll. Außerdem soll der Vorsitz des Verwaltungsrats künftig nicht mehr aus der Gruppe der Studierenden gewählt werden können. Wir lehnen diese geplanten Änderungen strikt ab, da diese die studentische Mitbestimmung stark einschränken. Gerade bei den Studierendenwerken, deren Hauptzielgruppe und größte Einnahmequelle die Studierenden sind, ist es notwendig, dass die Partizipation dieser auch in Entscheidungsprozessen gesichert ist.
3. die Schwächung der Verwaltungsräte abgewendet wird. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass der Verwaltungsrat die Geschäftsführung künftig zu strategischen Fragen berät und nur noch in einer abschließenden Aufzählung von Angelegenheiten entscheidet. Es entfallen die Richtlinienkompetenz gegenüber der Geschäftsführung inkl. Überwachungspflicht, die Zustimmungspflicht bei Drittbeauftragungen, Unternehmensbeteiligungen, Kreditaufnahmen und der Einstellung/Entlassung leitender Angestellter. Diese Kontrollrechte sind wichtiger Bestandteil der Sicherstellung der sinnvollen Verwendung der studentischen Beitragsgelder.

---

<sup>1</sup><https://opal.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST18-3836.pdf>